

Frau Butz erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Frau Ebbinghaus führt aus, dass aus der Planung hervorgeht, dass in der KGS keine Räumlichkeiten für die offene Ganztagschule mehr vorhanden sind. Sie fragt an, ob es bereits Ideen für ein Raumkonzept gibt. Frau Butz erläutert hierzu, dass jetzt ein Konzept erarbeitet werden soll, welche Räumlichkeiten genutzt werden können. Es wird ein Grundsatzbeschluss des Ausschusses benötigt, damit die Erstellung des Konzeptes erfolgen kann.

Herr Böhlig führt für die CDU aus, dass die Erstellung des Konzeptes befürwortet wird, es aber bei möglichen Konsequenzen für Nutzer der Räumlichkeiten ein Konsens gefunden werden soll.

Herr Schoppe gibt bekannt, dass im Arbeitskreis festgestellt wurde, dass die Räumlichkeiten nicht ausreichend sind. Es muss nun entschieden werden, ob ein Konzept zur optimalen Betreuung der Kinder erstellt werden soll, was bedeuten könnte, dass die Volkshochschule und die Musikschule evtl. andere Räumlichkeiten als bisher erhalten könnten. In diesem Zusammenhang könnten Gespräche im Konsens schwierig werden.

Herr Dr. Weber schließt die hierzu folgende Diskussion ab, in dem er zusammenfasst, dass die Verwaltung im offenen Dialog für die VHS und die Musikschule Räumlichkeiten finden wird.

Danach bringt der Vorsitzende die Beschlussvorlage zu 3a zur Abstimmung.

Beschluss:

- a) Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Raumkonzeptes für eine zukunftsfähige Betreuung an der GGS Stadt und der katholischen Grundschule Lindenbaum.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen (3 CDU, 2 SPD, 1 AL, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG, 5 freie Träger)
Nein-Stimmen
Enthaltungen

Die Vorlage zu dem Punkt 3b wird von Frau Hallek erläutert. Es gibt hierzu keine Nachfragen aus dem Ausschuss, so dass der Vorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung bringt.

Beschluss:

- b) Der Jugendhilfeausschuss stimmt einer Mindestfinanzierung von Einzelgruppen in den Offenen Ganztagschulen im Primarbereich bei Nichterreichen einer deckenden Teilnehmeranzahl sowie einer Weiterleitung von überschüssigen Elternbeiträgen an die Trägervereine nach Prüfung an den Stichtagen zu.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen (3 CDU, 2 SPD, 1 AL, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG, 5 freie Träger)
Nein-Stimmen
Enthaltungen